

Klima-Initiative steht auf der Kippe

Das Nein zum nationalen CO₂-Gesetz vom Sonntag bestimmte auch die Debatte des Grossen Rats gestern Dienstag. Das Aargauer Kantonsparlament will einen Gegenvorschlag zur Klimaschutz-Initiative von Grünen und SP.

Eva Berger

Nur zwei Tage nach der Ablehnung des nationalen CO₂-Gesetzes war der Klimaschutz bereits wieder Thema im Aargauer Grossen Rat. Zuerst verlas Silvan Hilfiker eine Fraktionsklärung der FDP (siehe Artikel unten). Am Nachmittag dann stand die Klimaschutz-Initiative der Grünen und der SP auf der Trak-

tandenliste. Die Initiative fordert stärkere kantonale Fördermassnahmen für energetische Gebäudesanierungen und Innovationen. Drei Prozent des Gebäudebestands im Aargau sollen jährlich so saniert werden können.

Die Initiative hätte noch in diesem Jahr an die Urne kommen können – ob sie jemals zur Abstimmung kommt, ist nach der gestrigen Grossratsdebatte

aber unsicher. Denn das Parlament hat einen Antrag für einen Gegenvorschlag überwiesen. Ein solcher wird jetzt geprüft, kommt er zustande, würde die Initiative womöglich zurückgezogen.

Grüne wären mit einem Gegenvorschlag einverstanden

Denn, das sagte Grünen-Grossrat Thomas Baumann: Seine Fraktion wäre mit einem Gegenvorschlag einverstanden. Zumindest wenn er so ausgestaltet wäre, wie im Antrag formuliert. Dieser stammte von einer Minderheit der vorberatenden Kommission. Der Passus mit drei Prozent Gebäudesanierungen im Jahr würde dabei gestrichen, zusätzliche Fördergelder sollen aber als Anreiz beibehalten werden.

Unterstützt würde dieser Vorschlag vorab von der GLP. Nachdem das Energiegesetz und das CO₂-Gesetz gescheitert seien, müsse man etwas tun, sagte GLP-Grossrat Gian Von Planta. «Netto Null» an CO₂-Emissionen bis 2050 sei das erklärte Ziel – so sieht es die Energiestrategie vor. «Stillstand ist keine Option», sagte Gabi Lauper für die SP. Und auch die EVP signalisierte Unterstützung für den Gegenvorschlag.

Bürgerliche halten Initiative für nicht umsetzbar

Die Bürgerlichen aber taten sich schwer. Die vorliegende Initiative würde weitere Bevormundungen und finanzielle

ren umfasst. Entsprechend hat die FDP-Fraktion eine Standesinitiative mit dieser Forderung eingereicht. «Den Emissionshandel gibt es bereits für einzelne Sektoren, er ist bewährt, effektiv, effizient und kann international verknüpft werden, was gerade beim Klima sinnvoll ist», begründete Hilfiker das Vorgehen seiner Partei.

Weiter rufe die Fraktion den Regierungsrat dazu auf, mit allen Parteien und Verbänden, insbesondere dem Hauseigentümerversand, an einen runden Tisch zu sitzen und einen gemeinsamen Nenner für eine Neuauflage des kantonalen Energiegesetzes zu finden. Die Fraktion sei überzeugt, so doch noch eine mehrheitsfähige Vorlage zustande zu bringen. (eva)

FDP will neues Energiegesetz

Fraktionsklärung Die FDP Aargau hat sich wie die Mehrheit der Stimmbewölkerung, aber entgegen der Haltung der Mutterpartei, gegen das CO₂-Gesetz ausgesprochen. Das Volk habe am Sonntag nicht Nein zu Klimaschutzmassnahmen gesagt, sondern einzig zu «ineffizienten, unwirksamen Massnahmen», sagte FDP-Fraktionspräsident Silvan Hilfiker im Rahmen einer Fraktionsklärung zu Beginn der Grossratsitzung von gestern Dienstag. Wer wirklich Klimaschutz betreiben wolle, müsse auf Massnahmen setzen, die ökologisch, ökonomisch sowie sozial nachhaltig seien, so Hilfiker.

Für die Freisinnigen wäre so eine Massnahme ein umfassender Emissionshandel, der alle Wirtschaftssektoren



Grünen-Grossrat Robert Obrist beim Einreichen der Klimaschutz-Initiative am 15. Juni 2020.

Lasten für kommende Generationen bedeuten, was abzulehnen sei, sagte Markus Gabriel für die SVP-Fraktion. Massnahmen für den Klimaschutz müssten zielgerichtet, Sanierungen vom Gewerbe zu bewältigen sein, gab Werner Müller für die Mitte-Fraktion zu bedenken. Die Klimaschutz-Initiative aber sehe einen Automatismus vor für die Verteilung der Fördergelder. Darum sei sie das falsche Mittel für einen eigentlich guten Zweck. Er sei aber offen für Gespräche für einen allfälligen Gegenvorschlag, so Müller.

Gemeinsam Lösungen zu erarbeiten wäre auch im Sinne der Freisinnigen,

wie Jeanine Glarner für die FDP-Fraktion sagte. Nachdem die Bevölkerung sowohl zum Energie- als auch zum CO₂-Gesetz Nein gesagt hat, brauche es nun mehrheitsfähige Lösungen für den Klimaschutz. Das sei die Initiative nicht.

Glarner widersprach dem Argument der Grünen, wonach die Wirtschaft von der Sanierungs-Bereitschaft profitieren würde: Wer sein Haus renovieren muss, tue das auch ohne Fördergelder, Mitnahmeeffekte entstünden wohl keine. Weiter sei fraglich, wie die Umsetzung überhaupt gemessen würde und was geschehe, wenn das Ziel von drei Prozent Sanierungen nicht erreicht wird. «Ein

Umstritten: Grossratspräsident hebt Maskenpflicht am Platz auf

Mit seinem Entscheid verstösst Pascal Furer (SVP) gegen die Covid-Verordnung – das tue aber auch das Parlament in Bern, entgegnet er.

Coronaregeln Auf den Beginn der Sommersession der eidgenössischen Räte hin wurde die Maskenpflicht im Bundeshaus in Bern gelockert: Wer im National- oder Ständeratssaal hinter einer Plexiglasscheibe spricht, muss keine Maske mehr tragen.

Dies stiess dem Aargauer Grossratspräsidenten Pascal Furer sauer auf, weil in Grossraumbüros, Werkhallen – aber auch in der Umwelt Arena Spreitenbach, wo das Kantonsparlament tagt – weiterhin Maskenpflicht gilt. Schon

letzte Woche kritisierte der SVP-Politiker diese Ungleichbehandlung und forderte Nationalratspräsident Andreas Aebi schriftlich auf, darauf hinzuwirken, dass die Maskenpflicht für alle fällt oder das Bundesparlament sich wieder an die Bestimmungen halte.

Gemäss einem Bericht von Argovia-Today sagte Furer damals: «Würde der Grosse Rat an seinen Sitzungen in der Umwelt Arena Spreitenbach auf Masken am Sitzplatz verzichten, so würde er gegen die geltende Covid-Verordnung verstossen.» Wie das Newsportal weiter berichtete, fügte Furer «wohl im Scherz» an, wenn die Maskenpflicht in Bundesbern nicht wieder eingeführt werde, so werde er diese «an der nächsten Sitzung per präsidentialer Verfügung aufheben. Der Ratspräsident wies aber zugleich darauf hin, dass die rechtliche Grundlage dafür ebenso wenig gegeben sei wie für die Aufhebung der Maskenpflicht im Bundesparlament.

Maskenpflicht aufheben: Nur in Räumen ohne Publikum möglich

Dennoch machte Furer seine Ankündigung gestern Dienstag wahr und sagte zur Eröffnung der Sitzung, er passe das Schutzkonzept für den Grossen Rat an. Wer genug Abstand am Sitzplatz habe, müsse in der Umwelt Arena in Spreitenbach keine Maske mehr tragen. Dies führte dazu, dass diverse Ratsmitglieder aus der rechten Parthälfte –



Nach dem Entscheid von Pascal Furer legten mehrere Grossräte die Masken ab, wie hier Philippe Ramseier und Adrian Schoop (beide FDP). Bild: Eva Berger

also Vertreterinnen und Vertreter von SVP und FDP – die Masken tatsächlich ablegten. Allerdings gab es auch Kritik an diesem Entscheid von Furer – der neue FDP-Fraktionschef Silvan Hilfiker sagte, er sei sehr überrascht: «Es ist der absolut falsche Weg, das Gesetz zu brechen und hier im Ratssaal die Maskenpflicht am Platz aufzuheben.»

Ist der Entscheid tatsächlich illegal? Das Gesundheitsdepartement verweist

auf Anfrage der AZ auf die Erläuterung zur geltenden Covid-19-Verordnung. Darin heisst es: «Die Maskentragpflicht gilt auch für Innenräume, in denen Parlamente oder Gemeindeversammlungen tagen, sofern die Innenräume auch für das Publikum zugänglich sind.»

Unter der Voraussetzung, dass kein Publikum im selben Raum sei, könne am Platz auf das Tragen der Maske verzichtet werden, wenn die Distanz ein-

gehalten wird oder physische Abtrennungen vorhanden sind. In der Umwelt Arena wird die Distanz zwischen den einzelnen Sitzplätzen zwar eingehalten, ein Anlass ohne Publikum ist die Grossratsitzung allerdings nicht. Wer die Debatten verfolgen möchte, muss sich vorher anmelden, eine beschränkte Besucherzahl ist aber zugelassen.

Furer: Auch das Bundesparlament verstösst gegen die Verordnung

Michel Hassler, Sprecher des Gesundheitsdepartements, teilt weiter mit, das Schutzkonzept liege in der Verantwortung und Kompetenz des Organisations. «Eine vorgängige Genehmigung durch die Kantonsärztin ist nicht vorgesehen». Zudem bestünden keine kantonalen Vorgaben bezüglich Maskenpflicht bei Veranstaltungen.

Pascal Furer ist sich bewusst, dass die Aufhebung der Maskenpflicht einen Verstoß gegen die Covid-Verordnung darstellt. «Das tut das Bundesparlament aber auch, denn auch im Bundeshaus sind Mitarbeitende anwesend», hält er fest. Deshalb habe er gefordert, dass auch Firmen ihre Schutzkonzepte entsprechend anpassen könnten, wenn Abstand oder Abschränkung gegeben seien. Es könne nicht sein, dass sich einzig das Bundesparlament von der Verordnung ausnehmen könne.

Fabian Hägler

ANZEIGE

Einladung zum
Polit-Apéro
mit Sessionsrückblick der
SVP Bundesparlamentarier
Samstag, 19. Juni, 11.00 Uhr
Gasthof Adler, Birmenstorf
Montag, 21. Juni, 19.30 Uhr
Gasthof Schützen, Aarau